

Berliner Internetpartei fordert freien Zugang zu Wissen

Freibeuter aus dem digitalen Meer

Das erste Piratenpartei-Schiff stach vor gut fünf Jahren von Schweden aus in See. Der IT-Unternehmer Rick Falkvinge hatte vom „Moralismus“ im Internet genug.

Andreas Stangl

Es war der ehemals konservative schwedische IT-Unternehmer Rickard Falkvinge aus Göteborg, der die „Piratpartiet“ (Piratenpartei) am 1. Jänner 2006 zunächst als eine Ein-Mann-Homepage ins World Wide Web vom Stapel laufen ließ. Seine Motive, eine eigene Partei zu gründen, erläuterte er vor zwei Jahren in einem Interview mit dem schwedischen Magazin *Fokus*: Frust über den im Internet sich ausbreitenden Moralismus.

Falkvinge hatte Pech mit seinem bürgerlichen Namen Dick Greger Augustsson. Sein erster Vorname – eine im englischen Sprachraum und auch in Schweden früher gängige Kurzform von Richard und gleichzeitig ein häufig benutzter Vulgärausdruck – machte ihm durch die sich ausbreitende automatische Filtersoftware die Arbeit schwer.

Die Partei nahm rasch konkrete Gestalt an: Einen Tag nach der Freischaltung der Homepage hatte Falkvinge die für die Eintragung ins Parteiregister erforderlichen 1500 Unterstützer beisammen.



Inzwischen hatte sich der damals 33-Jährige einen ungefilterten Namen zugelegt. Kurz darauf gab es das erste Parteiprogramm.

Darin ging es zunächst vor allem um strittige Copyright-Gesetze und den ausufernden Markenschutz. Nach und nach hefteten sich die „Piraten“ den Kampf für den persönlichen Datenschutz im Internet auf die Fahnen, weiters gegen die Internetzensur sowie für nichtkommerzielle Tauschbörsen von Musik, Filmen und anderen urheberrechtlich geschützten Inhalten.

Das offiziell nicht mit der Piratenpartei verbundene schwedische File-Sharing-Portal „The Pirate Bay“ geriet im Jahr 2006 ins Fadenkreuz der Justiz. Die mediale Aufmerksamkeit für die Internet-Tauschbörse kam der Piraten-

partei offensichtlich zugute. Beim ersten Antreten in einer Parlamentswahl schaffte die Partei im Herbst 2006 in Schweden immerhin 0,6 Prozent.

Konflikt um Kinderpornos

Im Zusammenhang mit der Einführung strenger Internet-Überwachungsbefugnisse für Polizei, Armee und Geheimdienst in Schweden 2008 und verschärften Urheberrechtsbestimmungen 2009 wuchs Bekanntheit und Mitgliederzahl der Piratenpartei weiter an. Heftigen Gegenwind erhielt die Fraktion im schwedischen Wahlkampf 2010, als ihr aufgrund eines umstrittenen Punkts im Programm vorgeworfen wurde, sie trete für die Verbreitung von Kinderpornos im Internet an. Bei der Wahl blieb das

schwedische Piratenschiff dann mit neuerlich nur 0,6 Prozent weiterhin eher in der Flaute.

Nach und nach fand die Piratenpartei-Idee auch in anderen Ländern zusehends Nachahmer (siehe Artikel unten). 2007 fand in Wien die erste Internationale Konferenz der Piratenparteien statt. Vergangenes Jahr konstituierte sich ein internationaler Dachverband der Piratenparteien (PPI), dem mittlerweile Gruppierungen aus 26 Ländern angehören.

Ihren internationalen Durchbruch verzeichneten die „Piraten“ bei der Europawahl 2009, als sie satte 7,1 Prozent der schwedischen Europawähler für ihre Sache gewinnen konnten. Der Software-Programmierer Christian Engström übersiedelte als erster Pirat-Parteigänger nach Brüssel.



Abgeordnete der Berliner Piratenpartei posierten am Montag im Parlamentsgebäude. Die Piratenpartei bekam 8,9 Prozent der Stimmen. Foto: Reuters

„Alle Menschen sind im Grunde gutwillig und intelligent“

Wahlkampf mit Inhalt habe zum Erfolg in Berlin geführt, erklärt Pirat Fabio Reinhardt. Mit ihm sprach Birgit Baumann.

STANDARD: Wie erklären Sie sich den überraschenden Erfolg?

Reinhardt: Wir warben im Gegensatz zu anderen Parteien mit Inhalten, nicht mit Köpfen. Das sprach viele, die sich bisher nicht in Politik eingebunden fühlten, an. Für Politik interessieren sich viele Menschen, aber die wollen auch mitgenommen werden.

STANDARD: Sind Sie überhaupt für die Arbeit in der Landtagsfraktion vorbereitet?

Reinhardt: Wir werden nicht gleich alles wissen, wollen das aber auch gar nicht verschweigen. Im Internet werden wir all unsere Schritte dokumentieren, auch die Fehler. Das kann dann auch jeder, der sich dafür interessiert, auf www.piratenfraktion-berlin.de mitverfolgen.

STANDARD: Viele sehen Parallelen zur Gründung der Grünen.

Reinhardt: Man kann den Vergleich ziehen, aber es gibt einige Unterschiede. Die Grünen sind Ergebnis der 68er-Bewegung und hatten bis zur Parteigründung 20 Jahre Vorlauf. Wir waren viel schneller. Außerdem hatten viele grüne Mitglieder schon Erfahrungen bei Nichtregierungsorganisationen gesammelt. Das ist bei uns nicht so sehr der Fall.

STANDARD: Interessiert Sie Landespolitik eigentlich? Da wird ja keine Netzpolitik gemacht.

Reinhardt: Klar, wir engagieren uns nicht nur im Internet, wo wir ohnehin global denken. Unser Ansatz ist generell, dass alle Menschen im Grunde gutwillig und intelligent sind, auf Ausnahmen sind wir allerdings gefasst. Daraus kann man auch Leitlinien für die Berliner Politik ableiten.



FABIO REINHARDT (30) ist Historiker. Nach dem Studium arbeitete er als „prekärer Freiberufler“ (Eigenbeschreibung). Jetzt wird er Abgeordneter. Foto: Piraten

Die PPÖ steht sich selbst im Weg

Österreichs Piraten wollen bei NR-Wahl 2013 antreten

Michael Matzenberger

Ich glaube, dass wir Chancen haben, 2013 in den Bundestag zu kommen“, strahlte Sebastian Nerz von der Deutschen Piratenpartei nach dem Wahlerfolg in Berlin. 2013, wenn auch Österreich einen neuen Nationalrat wählt, will die Schwesterpartei PPÖ auch jubeln. Doch derzeit prägen das Bild der PPÖ inhaltliche und persönliche Konflikte.

Zu Jahresbeginn kam es zu Zerwürfnissen, im Mai spalteten sich die überparteilichen „Piraten Tirol“ von der Landesorganisation ab. Im Juni wurden die Landesorganisationen Oberösterreich und Steiermark nach einem Wegbruch der Basis aufgelöst, bis schließlich im Juli die Wahl eines neuen Bundesvorstands die „Phase interner Konflikte“ beenden sollte – doch die Konflikte blieben.

Im August wurde der Ausschluss eines Bundesfunktionärs gefordert, weil dessen „psychische Erkrankung in der Partei ihr Zerstörungswerk“ fortführe. Wenig später zog sich der Tiroler Ex-Vorstand Clemens Lassnig zurück – ihm war Nähe zum norwegischen Attentäter Behring Breivik vorgeworfen worden. Er wolle nicht mit Leuten arbeiten, „die auf einem derartigen Niveau agieren“.

Solche Aussagen stellten eine

Einzelmeinung dar, erwidert Bundesvorstand Patryk Kopaczynski. „Es gab Konflikte mit Ex-Mitgliedern, die sich nicht mit der Meinung neuer Mitglieder identifizieren konnten und parteischädigend gewirkt haben.“ Das habe sich gelegt. Andreas Demmelbauer trat im August aus der PPÖ aus: „Es ist eine neue Generation ans Ruder gekommen, deren Pläne nicht den Vorstellungen der Gründungsmitglieder entsprachen.“ Die Partei sei eine vollkommen andere als vor einem Jahr. „Ich glaube nicht, dass die Partei in dieser Besetzung eine Zukunft hat.“

„Zwei Monate nach der Jahresversammlung lag die Partei in Scherben“, sagt Alexander Steinwendner, Vorsitzender des angeschlagenen Tiroler Landesverbands. Dennoch ist er zuversichtlich: „Das nächste Ziel ist, bei der Nationalratswahl 2013 anzutreten.“ Der Weg sei hart, räumt Kopaczynski ein. Und man müsse sich nun inhaltlich von den Kernthemen emanzipieren.

Den heutigen Dienstag erklärt der Verein Respekt.net zum „ersten Tag des Respekts“ und präsentiert bei der Gelegenheit gemeinsam mit Franz Fischler, Elfriede Hammerl, Wolfgang Petritsch, Heide Schmidt und Johannes Voggenhuber ein „Gesellschaftspolitisches Engagement per Mausclick“.

Von null auf hundert

Piraten können den Berliner Landtag gerade füllen

Wahnsinn, krass und geil. Dies sind bei den Berliner Piraten seit Sonntagabend die am häufigsten gehörten Worte. Es ist selten, dass eine Partei schon kurz nach der Gründung direkt in den Landtag gewählt wird. Genau das stellt die Piraten jetzt vor einige logistische Probleme. Sie haben noch viel zu wenig Personal. 15 Kandidaten nur standen auf der Landesliste, sie alle sind nun auch im Landtag vertreten. Hätten die Piraten noch mehr Mandate bekommen, die Sitze für diese wären leer geblieben.

Tipps für die praktische Parteiarbeit können sich die Piraten bei einem prominenten Mitglied holen: bei Angelika Beer, die von 2002 bis 2004 Chefin der deutschen Grünen war und 2009 in die Piratenpartei eintrat. Mit Parteihierarchien hat man es bei den Piraten aber ohnehin nicht so. Zwar gab es mit Andreas Baum einen Spitzenkandidaten, der aber bekam den Platz per Losentscheid.

Gründet wurde die deutsche Piratenpartei 2006. Deutschlandweit hat sie mittlerweile 12.000 Mitglieder, 1300 davon gehören zum Berliner Landesverband, der Ansturm in den letzten Tagen vor der Wahl war enorm.

Der Erfolg der Piraten hat die etablierten Parteien ziemlich aufgeschreckt. Renate Künast, die Spitzenkandidatin der Berliner



Grünen, sagte, die Grünen müssten versuchen, die Piraten zu „resozialisieren“ – was diese allerdings dankend ablehnen.

Tatsächlich fischte die junge Partei bei der Berlin-Wahl hauptsächlich im grünen Teich. 16.000 frühere Grün-Wähler machten diesmal bei den Piraten ihr Kreuz. Von den Sozialdemokraten kamen 13.000 Wähler, von der Linken 12.000. Am stärksten aber konnten die Piraten Nichtwähler mobilisieren, insgesamt 21.000. Kanzlerin Angela Merkel adelte den Erfolg, indem sie einräumte: „Das ist klassischer Protest, das müssen wir ernst nehmen.“

Die Piraten selbst verstehen sich als „Partei der Informationsgesellschaft“. Ursprünglich traten sie für den freien Austausch von Daten und Wissen im Internet ein, also auf das „Recht auf Privatkopien und ein Ende der Kriminalisierung von Tauschbörsennutzern“. Sie fordern außerdem freien Zugang zu Bildung, lehnen somit Studiengebühren ab.

Die Piraten wünschen sich auch ein Grundeinkommen für alle, in Berlin soll der öffentliche Nahverkehr kostenlos werden. Beim Wahlalter geht man auch neue Wege. Es soll auf null herabgesetzt werden. Jeder, der sich reif für eine Wahl fühlt, soll teilnehmen. (bau) **Kopf des Tages Seite 28**

